

# NEWSLETTER 05|2020

Berlin, den 10. November 2020

## INHALTSVERZEICHNIS

### AUS DER EAF ARBEIT

Bericht aus der Präsidiumssitzung	3
Leseempfehlung	3
Pressemitteilungen der eaf	3
Stellungnahmen der eaf	3

### TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN

Kinderarmut, Corona und die Kindergrundsicherung	4
COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln	4
Vormund*in und Kind – Beziehungsgestaltung und Beteiligung	4
Zur Zukunft unseres Zusammenlebens	4

### FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Digitale-Familienleistungen-Gesetz verabschiedet	5
Experten begrüßen Digitalisierung von Familienleistungen	5
Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter	5
Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen steigt auf 205 Euro	5
Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder	6
Kindergeld, Grundfreibetrag und Behinderten-Pauschbeträge steigen zum 1. Januar 2021	6
Reform der Kinder- und Jugendhilfe	6

### CORONA UND FAMILIEN

Nachtrag zum Ergänzenden Bericht an die Vereinten Nationen	7
Über die sozialen und wirtschaftlichen Kosten von Schulschließungen	7
Geringes Risiko für Corona-Infektionen in Kitas	7
Vereinfachten Zugang zu Hartz IV bis Ende 2021	8
Bessere technische Ausstattung für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen	8
Monatsbericht Corona-Kita-Studie	8
Familien helfen, Corona-Rettungsschirm für Kurkliniken verlängern!	9
Kinderbetreuung in Corona-Zeiten	9
Erschwert die Pandemie den Kinderschutz?	9

## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Väter waren bei Geburt von Kindern im Jahr 2019 im Durchschnitt 34,6 Jahre alt	10
Über 340.000 Plätze für unter Dreijährige fehlen	10
Zwölf Milliarden Euro für Etat 2021 des BMFSFJ	10
Wie Kinder in der Familie Moral lernen	10

## THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

Einfluss ehrenamtlicher Tätigkeiten auf Elterngeldberechnung	11
Zeit, die es braucht. Care-Politik als Zeit-Politik	11
Bund unterstützt Paare bei Kosten für Kinderwunsch	11
Befragungen zum Wechselmodell und zur Situation von Alleinerziehenden	11
Reform des Ehegattensplittings	12
Sympathien für Kindergrundsicherung	12
Gemeinsam gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.	12
Ministerin plant gemeinsames Sorgerecht für lesbische Paare ab Geburt	13

## NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Stufenweise Anhebung des Mindestlohns	13
Codewort "Maske 19" bei häuslicher Gewalt	13
Konsultation zur Stärkung der Rechte des Kindes	13
„Hinaus ins Weite – Kirche auf gutem Grund“	14
Impressum	14

## AUS DER EAF ARBEIT

### Bericht aus der Präsidiumssitzung

9. November 2020

Das Präsidium der eaf tagte am 9. November, pandemiebedingt per Videokonferenz. Dabei wurde das seit mehreren Sitzungen diskutierte Thema Kindergrundsicherung erneut aufgenommen. Dr. Romy Ahner vom Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V. referierte über den Stand der Diskussionen innerhalb des Deutschen Vereins. Michael David, zuständig für den Arbeitsbereich „Sozialpolitik gegen Ausgrenzung und Armut“ in der Diakonie Deutschland, stellte die Vorstellungen der Diakonie zu einer Kindergrundsicherung vor. Das Präsidium diskutierte beide Inputs und beschloss, ein Eckpunktepapier zur Kindergrundsicherung aus Sicht der eaf zu erarbeiten. Weiterhin wurde über die Entwicklung der eaf beraten, v. a. im Zusammenhang mit der EKD-Synode, die zeitgleich tagte.



### Leseempfehlung

Bundesgeschäftsführerin Insa Schöningh ist Mitherausgeberin eines neu erschienenen Sammelbands, in dem sich Autorinnen und Autoren aus Politik und Wissenschaft, Kirche und Diakonie mit Lebenssituationen, Bedürfnisse und Herausforderungen alleinerziehender Familien auseinandersetzen.

>>> ISBN 978-3-88981-455-5, Wichern-Verlag 2020, 30,00 Euro

### Pressemitteilungen der eaf

**Kinderschnupfen wird es auch noch nächstes Jahr geben: eaf fordert Ausweitung der Kinderkrankentage auch für 2021**

„Die zusätzlichen Belastungen für Familien werden nicht pünktlich zum Jahresende vorbei sein, Familien benötigen deshalb eine sichere Perspektive. Noch in diesem Jahr sollte daher beschlossen werden, dass auch in 2021 dreißig Kinderkrankentage genommen werden können“, so Dr. Martin Bujard, Präsident der eaf. „Zusätzlich sollte die Attestpflicht ausgesetzt werden, um Eltern und Kinderarztpraxen gleichermaßen zu entlasten.“

>>> [Pressemitteilung der eaf vom 28. Oktober 2020](#)

### Stellungnahmen der eaf

**Stellungnahme zum Referentenentwurf des BMFSFJ für ein Gesetz zur Stärkung von Kindern und Jugendlichen (Kinder- und Jugendstärkungsgesetz –KJSG)**

Die eaf beteiligt sich bereits seit langer Zeit an den Diskussionen zur Überarbeitung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes. In ihrer Stellungnahme setzt sich die eaf für eine systematische Aufwertung der allgemeinen Förderung aller Familien im SGB VIII und für die Schaffung niedrigschwelliger und einfach erreichbarer Angebotsstrukturen ein.

>>> [Stellungnahme der eaf vom 22. Oktober 2020](#)

## TAGUNGEN UND VERANSTALTUNGEN



Online-Veranstaltung der eaf Nordkirche, 13. November 2020, 11.30 Uhr bis 15.15 Uhr

### Kinderarmut, Corona und die Kindergrundsicherung

Aufwachsen fördern unter fairen Lebensbedingungen

>>> [Programmflyer der Veranstaltung am 13.11.2020](#)

Online-Konferenz des BMFSFJ anlässlich der EU-Ratspräsidentschaft

24. November 2020, 10:00 – 16:45 Uhr

### COVID-19 überwinden – gemeinsam Perspektiven für starke Familien entwickeln

>>> [Programm und Anmeldung der Konferenz am 24.11.2020](#)

Online-Tagung des Bundesforums Vormundschaft und Pflege, 9. Dezember 2020, 11:00 – 16:15 Uhr

### Vormund\*in und Kind – Beziehungsgestaltung und Beteiligung

>>> [Programm der Tagung am 9.12.2020](#)

Digitale Veranstaltungsreihe

### Zur Zukunft unseres Zusammenlebens

Dienstagsdialoge für ein Einstein Center for Population Diversity

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe werden noch bis zum Sommer 2021 zentrale Fragen für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft in einem Kreis von Expert\*innen und interessierten Teilnehmer\*innen an der Schnittstelle von Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft diskutiert.

>>> [Programm der Dienstagsdialoge](#)

## FAMILIENPOLITISCHE ENTWICKLUNGEN



### Digitale-Familienleistungen-Gesetz verabschiedet

Am 4. November hat der Bundestag ein Gesetz beschlossen, das es Eltern bei der Geburt eines Kindes deutlich leichter macht, die wichtigsten Familienleistungen zu erhalten. In einem Zuge können sie künftig den Namen ihres Kindes festlegen, die Geburtsurkunde bestellen sowie Elterngeld, Kindergeld und perspektivisch auch den Kinderzuschlag beantragen. Dadurch wird vermieden, dass Daten wie Name und Geburtsdatum in verschiedenen Anträgen immer wieder neu angegeben werden müssen.

Das Gesetz soll im November im Bundesrat beraten und zum 1. Januar 2021 verkündet werden. Erste Pilotumsetzungen sollen 2021 starten.

[>>>Meldung des BMFSFJ vom 4. November 2020](#)

### Experten begrüßen Digitalisierung von Familienleistungen

In einer Anhörung des Bundestagsausschusses für Inneres und Heimat äußerten sich die Sachverständigen überwiegend positiv zum geplanten Gesetz zur Digitalisierung von Verwaltungsverfahren bei der Gewährung von Familienleistungen.

[>>>Zusammenfassung der Anhörung vom 26. Oktober 2020](#)

### Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter

[Gesetzentwurf zur Errichtung des Sondervermögens am 4. November 2020 vom Bundeskabinett beschlossen](#)

Mit dem Gesetz sollen zusätzlich zu den bisher eingeplanten 2 Milliarden Euro nun 1,5 weitere Milliarden Euro für den Ausbau von Ganztagschulen und Ganztagsbetreuung im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets zur Verfügung gestellt werden. Der Bund beteiligt sich damit mit insgesamt 3.500 Millionen Euro an den Investitionskosten für den erforderlichen Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote.

[>>>Themen der Kabinettsitzung vom 04.11.2020](#)

[>>>Fragen und Antworten Ganztagsausbau für Grundschulen](#)

### Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen steigt auf 205 Euro

Der Kinderzuschlag für Familien mit kleinen Einkommen wird zum 1. Januar 2021 deutlich erhöht: Er steigt von 185 Euro um 20 Euro auf bis zu 205 Euro pro Monat pro Kind. Nach dem gestern vom Bundestag beschlossenen „Zweiten Familienentlastungsgesetz“ wird das Kindergeld ab dem

1. Januar 2021 um 15 Euro erhöht. Das Kindergeld wird danach 219 Euro für das erste und zweite Kind, 225 Euro für das dritte Kind und 250 Euro ab dem vierten Kind betragen. Damit steht auch die Höhe des Kinderzuschlags von bis zu 205 Euro fest.

>>>[Pressemitteilung des BMFSFJ vom 30. Oktober 2020](#)

## Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder im Bundestag beraten

Härtere Strafen für Täter und eine wirksamere Prävention sieht der Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder (19/23707) der Fraktionen der CDU/CSU und SPD vor. Er sieht unter anderem die Verschärfung des Strafrechts, die Erweiterung der Ermittlungsbefugnisse sowie eine verbesserte Qualifikation von Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten vor. Mit einer begrifflichen Neufassung der bisherigen Straftatbestände des „sexuellen Missbrauchs von Kindern“ als „sexualisierte Gewalt gegen Kinder“ solle das Unrecht dieser Straftaten klarer umschrieben werden.

>>>[Informationen zu den einzelnen Regelungen des Entwurfs auf der Seite des BMJV](#)

Die eaf hatte bereits im September eine Stellungnahme zum Gesetzentwurf abgegeben:

>>>[https://www.eaf-bund.de/gallery/news/news\\_319/200910\\_stn\\_sexualisierte\\_gewalt.pdf](https://www.eaf-bund.de/gallery/news/news_319/200910_stn_sexualisierte_gewalt.pdf)

## Kindergeld, Grundfreibetrag und Behinderten-Pauschbeträge steigen zum 1. Januar 2021

Der Bundestag hat am Donnerstag, 29. Oktober 2020, dem Entwurf der Bundesregierung für ein zweites Familienentlastungsgesetz zugestimmt. Das Kindergeld steigt ab 2021 um 15 Euro im Monat. Es beträgt damit für das erste und zweite Kind jeweils 219 Euro, für das dritte Kind 225 Euro und für das vierte und für jedes weitere Kind jeweils 250 Euro pro Monat. Der steuerliche Kinderfreibetrag steigt von 5.172 Euro um 288 Euro auf 5.460 Euro.

>>>[Informationen zum Inhalt des Gesetzes](#)

Die eaf hatte sich bereits im Juli 2020 mit einer Stellungnahme in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht: >>>[http://www.eaf-bund.de/.../200713\\_stn\\_2\\_fam\\_entlg\\_final.pdf](http://www.eaf-bund.de/.../200713_stn_2_fam_entlg_final.pdf)

## Reform der Kinder- und Jugendhilfe

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) hat am 9. Oktober in Berlin die zentralen Vorhaben der seit Jahren debattierten Modernisierung der Kinder- und Jugendhilfe vorgestellt und sich zuversichtlich gezeigt, dass das Gesetz im kommenden Frühjahr in Kraft treten kann. Es sieht unter anderem vor, die Trennung zwischen Jugend- und Behindertenhilfe für Kinder und Jugend-

liche zu beenden.

>>>[Bericht vom 9. Oktober 2020 auf evangelisch.de](#)

Die eaf hat sich am 22. Oktober mit einer Stellungnahme zu familienpolitischen Aspekten an der Diskussion des Gesetzesvorhabens beteiligt:

>>>[https://www.eaf-bund.de/gallery/news/news\\_322/201022\\_stn\\_kjsg.pdf](https://www.eaf-bund.de/gallery/news/news_322/201022_stn_kjsg.pdf)

## CORONA UND FAMILIEN

### Nachtrag zum Ergänzenden Bericht an die Vereinten Nationen

Das Netzwerk Kinderrechte hat einen Nachtrag zu seinem >>>[5. / 6. Ergänzenden Bericht zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland](#) an die Vereinten Nationen veröffentlicht. Dieser Nachtrag konzentriert sich auf die Situation von Kindern und Jugendlichen seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie 2020 und die Themen Bildung, Armut, Gewalt, Mitbestimmung und Flucht. Notwendig wurde der Nachtrag durch die pandemiebedingte Verschiebung der Anhörung der Zivilgesellschaft durch den UN-Kinderrechtsausschuss.

>>>[Nachtrag zum ergänzenden Bericht vom 17. Oktober 2020](#)

### Über die sozialen und wirtschaftlichen Kosten von Schulschließungen

Eine von der OECD mitherausgegebene empirische Studie wie auch eine Modellierungsstudie der Universität Frankfurt am Main gehen davon aus, dass die Schulschließungen mit massiven wirtschaftlichen Verlusten einhergehen. In einem Webinar des >>>[OECD Berlin Center](#) diskutierten am 23. Oktober 2020 Experten, was es für Kinder, Familien, Wirtschaft und Gesellschaft bedeutet, wenn Schulen und Betreuungseinrichtungen länger schließen. Und wie sich jetzt, in Zeiten steigender Infektionszahlen, der Schulbetrieb so lange und so sicher wie möglich aufrechterhalten lässt. Eine Zusammenfassung der Diskussion sowie die einzelnen Beiträge zum Nachhören sind auf der Website des OECD Berlin Centers zu finden.

>>><https://blog.oecd-berlin.de/kinder-brauchen-schule>

### Geringes Risiko für Corona-Infektionen in Kitas

Die Corona-Ansteckungsgefahr für Kinder in Kitas ist einer Studie zufolge extrem gering. Von 800 Mädchen und Jungen, die hessische Forscher mehrere Wochen lang untersuchten, steckte sich keines mit Sars-CoV-2 an, wie Studienleiterin Sandra Ciesek der Wochenzeitung "Die Zeit" sagte. Das Ergebnis habe sie überrascht. "Als wir die Studie im Sommer begonnen haben, dachten wir,

dass die Kitas ein wichtiges Reservoir für den Erreger seien, aus dem heraus er sich verbreitet", sagte die Wissenschaftlerin.

>>>[ZEIT online 5. November 2020](#)

## Vereinfachten Zugang zu Hartz IV bis Ende 2021

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) will den vereinfachten Zugang zu Hartz-IV-Leistungen in der Corona-Pandemie bis Ende 2021 verlängern. Momentan ist die Regelung bis Ende 2020 befristet. Sie gilt für Menschen, die zwischen dem 1. März und dem 31. Dezember einen Antrag auf Arbeitslosengeld II stellen, dass für die ersten sechs Monate die Vermögensprüfung entfällt. Zudem werden auch die Ausgaben für Unterkunft und Heizung in tatsächlicher Höhe anerkannt.

>>>[Meldung auf evangelisch.de vom 30. Oktober 2020](#)

## Bessere technische Ausstattung für Frauenhäuser und Fachberatungsstellen

Die rund 350 Frauenhäuser und über 600 Frauenberatungsstellen stehen durch die Corona-Auswirkungen wie viele andere soziale Dienste vor besonderen Herausforderungen und Belastungen. Damit die Unterstützungseinrichtungen in der Coronazeit verstärkt Telefon-, Online- und Videoberatung anbieten können, hat das Bundesfrauenministerium das Projekt „Nachhaltiges technisches Empowerment von Fachberatungsstellen und Frauenhäusern in der Corona-Pandemie – Hilfesystem 2.0“ initiiert, das von der Frauenhauskoordinierung e.V. (FHK) umgesetzt wird. Das Ministerium fördert dabei eine bessere technische Ausstattung in Frauenhäusern und Fachberatungsstellen sowie Qualifizierungs- und Dolmetschleistungen mit mehr als drei Millionen Euro.

>>>[Pressemitteilung des BMFSFJ vom 30. Oktober 2020](#)

## Monatsbericht Corona-Kita-Studie

Mitte Oktober und Anfang November haben das Deutsche Jugendinstitut und das Robert Koch-Institut die aktuellen Monatsberichte der interdisziplinären Corona-KiTa-Studie vorgelegt. Sie enthält aktuelle Daten aus dem KiTa-Register. Dieses hat das langfristige Ziel, einen Überblick über die aktuelle bundesweite Betreuungssituation und über infektionsbedingte Schließungen von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflegestellen zu geben.

Im Corona-KiTa-Dashboard sind aktuelle Daten zur Kindertagesbetreuung in Infografiken aufbereitet.

>>>[Meldung des BMFSFJ vom 16. Oktober 2020](#)

>>>[Download Monatsbericht September 2020](#)

>>>[Download Monatsbericht Oktober 2020](#)

>>>[Corona-KiTa-Dashboard](#)



## Familien helfen, Corona-Rettungsschirm für Kurkliniken verlängern!

Die Diakonie Deutschland und der Evangelische Fachverband Frauengesundheit (eva) haben am 13. Oktober die Petition „Familien unterstützen. Rettungsschirm verlängern“ gestartet.

Viele Einrichtungen, die Kuren für Mütter, Mutter und Kind oder Vater und Kind anbieten, sind nach wie vor von pandemiebedingten Belegungsausfällen betroffen. Bis Ende September hatten sie dafür Ausgleichszahlungen erhalten – nun fallen diese weg und die Häuser bangen um ihre Existenz. Dabei sind Kuren für Mütter, Mutter und Kind oder Vater und Kind gerade jetzt wichtig, damit Eltern den anstrengenden Alltag unter Pandemie-Bedingungen bewältigen können.

[>>>Anleitung zum Protest](#)

## Kinderbetreuung in Corona-Zeiten

[Auch bei gleicher beruflicher Belastung betreuen Mütter häufiger allein als Väter](#)

Durch die temporären Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten im Zuge der Corona-Pandemie im Frühjahr dieses Jahres standen viele berufstätige Eltern plötzlich vor der Herausforderung, gleichzeitig ihre Kinder zu betreuen und ihrer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Die dritte Auswertung der Corona-Zusatzbefragung im Rahmen des Nationalen Bildungspanels (NEPS – National Educational Panel Study), der größten Langzeit-Bildungsstudie in Deutschland, zeigt nun, wie berufstätige Eltern in den ersten Monaten der Pandemie die Betreuung ihrer Schul- und Kitakinder organisiert haben.

[>>>Pressemitteilung des Leibniz-Instituts für Bildungsverläufe \(IfBi\) vom 13. Oktober 2020](#)

## Erschwert die Pandemie den Kinderschutz?

Während der Coronavirus-Pandemie benötigen vor allem belastete Familien mehr Unterstützung. Die Möglichkeiten zu helfen sind jedoch durch Infektionsschutzmaßnahmen eingeschränkt. Dr. Birgit Jentsch und Dr. Brigitte Schnock vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) haben im Rahmen des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH) untersucht, welche Auswirkungen die Pandemie auf den Kinderschutz hat und wie sich die Arbeit von Fachkräften mit den aktuellen Herausforderungen verändert.

[>>>Forschungsüberblick des Deutschen Jugendinstituts vom 8. Oktober 2020](#)



## ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

### Väter waren bei Geburt von Kindern im Jahr 2019 im Durchschnitt 34,6 Jahre alt

Zwei Drittel aller Männer, die 2019 Vater eines Kindes wurden, waren zwischen 29 und 39 Jahre alt (66 %); lediglich 6 % waren älter als 44 Jahre. Bei den Müttern waren 65 % zwischen 29 und 39 Jahre alt und 0,3 % älter als 44 Jahre. Seit 1991 stieg das durchschnittliche Alter der Väter bei der Geburt eines Kindes um 3,6 Jahre auf 34,6 Jahre. Auch die Mütter der 2019 geborenen Kinder waren mit 31,5 Jahren im Durchschnitt 3,6 Jahre älter als die Mütter der Babys im Jahr 1991 (27,9 Jahre).

>>> [Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 16. Oktober 2020](#)

### Über 340.000 Plätze für unter Dreijährige fehlen

Obwohl die Zahl der Kinder unter drei Jahren in öffentlich geförderter Betreuung zwischen den Jahren 2015 und 2020 von 693.000 auf 829.000 gestiegen ist, hat die Betreuungslücke von 215.000 auf 342.000 zugenommen. Grund hierfür sind neben den sich sukzessive verändernden Betreuungswünschen der Eltern auch die gestiegenen Kinderzahlen, die ihren Höchststand inzwischen jedoch überschritten haben dürften.

>>> [Kurzbericht des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom 11. Oktober 2020](#)

### Zwölf Milliarden Euro für Etat 2021 des BMFSFJ

Der Entwurf der Bundesregierung für den Bundeshaushalt 2021 sieht Ausgaben in Höhe von 12,24 Milliarden Euro für den Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) vor. Fast 80 Prozent der Ausgaben diesem Etat plant die Bundesregierung für die gesetzlichen Leistungen für Familien ein, allen 7,34 Milliarden Euro entfallen dabei auf das Elterngeld. Weitere 1,19 Milliarden Euro sind für das Kindergeld und den Kinderzuschlag und 875 Millionen Euro für Unterhaltsvorschusszahlungen vorgesehen.

>>> [hib-Meldung vom 30. September 2020](#)

### Wie Kinder in der Familie Moral lernen

Die Aneignung moralischen Wissens sowie des Willens und der Fähigkeit, es auch umzusetzen, erfolgt bei Kindern zunächst in der Familie. Welche Prozesse dort genau stattfinden, wurde bislang jedoch nur unzureichend untersucht. Die Erziehungswissenschaftlerin Dr. Monika Witzke hat diese Forschungslücke nun ein Stück weit geschlossen.

Monika Witzke: „Moralerziehung in der Familie. Eine empirische Studie über reziproke Vermittlungs- und Aneignungstätigkeiten in Eltern-Kind-Beziehungen mit Fokus auf moralbezogene Regelbrüche sowie Leit-, Selbst- und Fremdbilder“

>>> [Klinkhardt forschung, 2020. 254 Seiten, kartoniert, ISBN 978-3-7815-2386-9](#)



## THEMEN, DIE WEITER ZU BEOBACHTEN SIND

### Einfluss ehrenamtlicher Tätigkeiten auf Elterngeldberechnung

Aus Sicht des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages verdient das ehrenamtliche Engagement von Bürgern große Anerkennung und muss auch bei der Inanspruchnahme von Elterngeld Berücksichtigung finden. Der Ausschuss verabschiedete in seiner Sitzung am 4. November 2020 einstimmig die Beschlussempfehlung an den Bundestag, eine dahingehende Petition an die Bundesregierung mit dem höchsten Votum "zur Berücksichtigung" zu überweisen. Die Petentin hatte in ihrer Eingabe verlangt, dass Aufwandsentschädigungen aus politischen oder sonstigen Ehrenämtern bei Leistungen nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz "nicht als selbständige Einkünfte bei der Berechnung des Elterngeldes herangezogen werden".

>>>[hib-Meldung vom 4. November 2020](#)

### Zeit, die es braucht. Care-Politik als Zeit-Politik

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift >>>„[Aus Politik und Zeitgeschichte](#)“ widmet sich die Autorin Teresa Bücken in einem Essay dem Thema der Verteilung und Anerkennung von Care-Arbeit.

>>>[Essay in der APuZ vom 2. November 2020](#)

### Bund unterstützt Paare bei Kosten für Kinderwunsch

Bayern ist als zehntes Bundesland der Bundesinitiative „Hilfe und Unterstützung bei ungewollter Kinderlosigkeit“ des Bundesfamilienministeriums beigetreten. Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey unterzeichnete in Berlin die entsprechende Kooperationsvereinbarung. Ab dem 01. November 2020 können somit auch in Bayern lebende Paare einen Förderantrag stellen.

>>>[Pressemitteilung BMFSFJ vom 30. Oktober 2020](#)

[Evangelische Hochschule Dresden](#)

### Befragungen zum Wechselmodell und zur Situation von Alleinerziehenden

Die Evangelische Hochschule Dresden hat kürzlich zwei Befragungen gestartet und bittet um rege Beteiligung:

Die Umfrage zum Wechselmodell erfragt, warum Elternteile das Wechselmodell praktizieren möchten, welche Hilfestellungen sie sich wünschen und warum das Modell manchmal auch scheitert.

>>>[Link zur Umfrage zum Wechselmodell](#)

Die zweite Umfrage möchte herausfinden, welche Ressourcen Alleinerziehende haben, um die herausfordernde Situation seit der Corona-Pandemie zu meistern, welche Unterstützungsbedarfe sie

sich wünschen und wie sie ihre Belastungssituation mit Blick auf sich selbst aber auch die Kinder einschätzen.

>>>[Link zur Umfrage Alleinerziehende](#)

[Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. \(DIW Berlin\)](#)

## Reform des Ehegattensplittings

Der Wochenbericht 41/2020 des DIW vergleicht die Wirkungen alter und neuer Reformvorschläge zum Ehegattensplitting und kommt zu dem Ergebnis, dass das Realsplitting mit niedrigem Übertragungsbetrag ein guter Kompromiss ist. Der Vorschlag fördert die Erwerbsbeteiligung von Frauen und erzielt Steuermehraufkommen von zehn Milliarden Euro. „Mit dem zusätzlichen Steueraufkommen könnte man Familien über höheres Kindergeld, Kinderfreibeträge oder auch eine bessere Kinderbetreuungsinfrastruktur breit entlasten. Das hilft gerade Familien mit kleineren Kindern viel mehr als die paar Euro, die sie beim Ehegattensplitting sparen.“ (Stefan Bach, DIW)

>>>[Wochenbericht 41/2020](#)

[Anhörung im Deutschen Bundestag](#)

## Sympathien für Kindergrundsicherung

Die von den Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke geforderte Einführung einer Kindergrundsicherung stößt bei Experten auf ein großes Maß an Zustimmung. Allerdings seien diese auch mit großen finanziellen Belastungen für die öffentliche Hand verbunden. Dies wurde in einer öffentlichen Anhörung des Familienausschusses über Anträge der Grünen und Linken.

>>>[hib-Meldung vom 6. Oktober 2020](#)

[Positionspapier](#)

## Gemeinsam gegen sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen.

[Wie Bund, Länder und die politischen Parteien Kinder und Jugendliche besser vor sexueller Gewalt schützen können.](#)

Der Unabhängige Beauftragte für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM) der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, hat sich vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte um Strafverschärfungen und knapp ein Jahr vor der Bundestagswahl mit einem Positionspapier 2020: an alle politischen Verantwortungsträger in Bund und Ländern gewandt und dieses heute in Berlin öffentlich vorgestellt.

>>>[Positionspapier vom 2. Oktober 2020](#)

## Ministerin plant gemeinsames Sorgerecht für lesbische Paare ab Geburt

Lesbische Mütter sollen nach Willen von Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) künftig von Geburt an das gemeinsame Sorgerecht für ihre Kinder übernehmen können. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Abstammungs-, Kindschafts- und Kindesunterhaltsrechts befindet sich derzeit in der Ressortabstimmung, wie ein Ministeriumssprecher am Donnerstag auf epd-Anfrage mitteilte. Anschließend sollen Länder und Verbände beteiligt und um Stellungnahme gebeten werden. Wann der Entwurf im Kabinett beraten wird, ist noch offen.

[>>>Meldung auf evangelisch.de vom 24. September 2020](#)

---

## NÜTZLICHE INFORMATIONEN

### Stufenweise Anhebung des Mindestlohns

Der gesetzliche Mindestlohn wird in den kommenden beiden Jahren auf 10,45 Euro pro Stunde angehoben. Dies beschloss das Bundeskabinett beschloss am 28. November in Berlin. Die Lohnuntergrenze soll in vier Schritten steigen. Die erste Anhebung erfolgt zu Beginn des kommenden Jahres von derzeit 9,35 Euro auf 9,50 Euro. Zum 1. Juli 2021 steigt der Mindestlohn auf 9,60 Euro. Anfang 2022 wird er auf 9,82 Euro und für das zweite Halbjahr 2022 auf 10,45 Euro angehoben. Darauf hatte sich die Mindestlohnkommission im Juni verständigt.

[>>>Pressemitteilung des BMAS vom 28. Oktober 2020](#)

### Codewort "Maske 19" bei häuslicher Gewalt

Wenn Frauen Opfer häuslicher Gewalt werden, können sie sich mit dem Codewort "Maske 19" Hilfe in Apotheken, Arztpraxen und Kliniken holen.

[>>>Informationen zur Initiative Code „Maske 19“ des Frauennetzwerks Zonta](#)

#### EU-Kommission

### Konsultation zur Stärkung der Rechte des Kindes

Die EU-Kommission will zu Beginn des Jahres 2021 die Strategie für die Rechte des Kindes 2021-2024 vorlegen. In ihre Erarbeitung sollen nun Beiträge von BürgerInnen einfließen, die in einer breiten öffentlichen Konsultation gesammelt werden. Die EU-Kinderrechtsstrategie soll sicherstellen, dass die Rechte aller Kinder auf Gesundheit, Bildung, Familienleben, Spiel und Erholung geschützt werden. Zudem solle allen Kindern das Recht eines angemessenen Lebensstandards und der Schutz vor Gewalt und Missbrauch gewährt sein Bis zum 01. Dezember können Beiträge zur Ausgestaltung der Strategie eingebracht werden.

[>>>Zur Konsultation über die EU-Kinderrechtsstrategie](#)

## „Hinaus ins Weite – Kirche auf gutem Grund“

[Leitsätze zur Zukunft einer aufgeschlossenen Kirche überarbeitet und ergänzt](#)

Unter dem Motto „Kirche auf gutem Grund“ hatte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) im Sommer 2020 11 Leitsätze zur Weiterentwicklung der evangelischen Kirche veröffentlicht. Der erste Entwurf wurde öffentlich breit diskutiert. Es gab Kritik und Zustimmung. Beides wurde aufgenommen und ist in diese überarbeitete und um einen 12. Punkt ergänzte Fassung eingeflossen.

[>>>12 Leitsätze zur Zukunft einer aufgeschlossenen Kirche](#)

## Impressum

Redaktionsschluss: 10. November 2020

V.i.S.d.P.: Dr. Insa Schöningh

Redaktion: Konstanze Hartmann-Boudol, Dr. Insa Schöningh

Layout und Verteiler: Janina Noormann

Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen uns. Kontakt: [info@eaf-bund.de](mailto:info@eaf-bund.de)

Newsletter An- und Abmeldungen sowie ein Überblick über vergangene Ausgaben unter:

[>>http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter](http://www.eaf-bund.de/de/publikationen/newsletter)

Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint vier Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 2,50 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden:

[>>https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische\\_informationen\\_fpi](https://www.eaf-bund.de/de/publikationen/familienpolitische_informationen_fpi)

Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage [>>http://www.eaf-bund.de/](http://www.eaf-bund.de/) und auf Facebook [>>https://www.facebook.com/bund.eaf/](https://www.facebook.com/bund.eaf/) zu finden.